

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt



für die Amtshauptmannschaft Weissen, für das
sowie für das Forst-

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.

Verantwortlich: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Verlags- und Druckerei: Leipzig Nr. 28414.

Nr. 10

Mittwoch den 14. Januar 1920

79. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Ziehkinder betreffend.

Die Ortsbehörden werden beauftragt, die Uebersichten über die in ihrem Orte vorhandenen Ziehkinder auf das Jahr 1919 nach den vorgeschriebenen beiden Vordruckten

spätestens bis zum 25. Januar 1920

hierher einzureichen.

Vordrucke für diese Anzeigen sind im Buchhandel erhältlich.

Weissen, am 10. Januar 1920.

Nr. 12 b II Wohlh.

Die Amtshauptmannschaft.
— Wohlfahrtsamt. —

Auf Blatt 127 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Berthold & Rummel** in Wilsdruff und als deren Inhaber die Kaufleute **Paul Otto Berthold & Max Gustav Rummel**, beide in Wilsdruff, eingetragen worden.

Angewandter Geschäftszweig: Handel mit Kucholzern jeder Art.

Wilsdruff, am 8. Januar 1920.

Amtsgericht Wilsdruff.

Die Anmeldung der Kinder,

die Ostern 1920 schulpflichtig werden, hat **Donnerstag den 22. Januar vormittags 8—12 und nachmittags 2—4 Uhr** zu erfolgen.

1. **Schulpflichtig** sind alle Kinder, die bis zum **12. April d. J.** das 6. Lebensjahr vollenden.
2. **Angemeldet werden können** auch die Kinder, die bis zum **30. Juni d. J.** das 6. Lebensjahr vollenden.
3. Für die in **Wilsdruff** geborenen Kinder ist **nur der Impfschein**, für alle **auswärts** geborenen Kinder **außerdem** noch die **Geburtsurkunde** mit **Taufbescheinigung** vorzulegen.
4. Die Kinder sind **möglichst mitzubringen**.

Wilsdruff, am 12. Januar 1920.

1908

Schulleitung.

Grumbach und Kesselsdorf.

Nach einer neuerlichen Bekanntmachung des Elektrizitätsverbandes Gröba ist der Kraftstrombezug in Zukunft nur **Montag, Dienstag und Mittwoch von vormittags 8 bis nachmittags 4 Uhr**, an den übrigen Wochentagen von **abends 10 bis morgens 5 Uhr** gestattet. Auf die Bestimmungen des Kommunalverbandes über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit, f. Nr. 9 des „Wilsdruffer Tageblattes“ und daß hiernach die Benutzung von Motoren in der Zeit von **nachmittags 4 bis abends 8 Uhr** und **morgens 5 bis 7 Uhr** untersagt ist, und auf die Strafbestimmungen wird besonders aufmerksam gemacht.

Grumbach und Kesselsdorf, am 13. Januar 1920.

1908

Die Gemeindevorstände.

Ausnahmezustand in Westdeutschland.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die deutsche Regierung hat eine scharfe Protestnote gegen den durch die „Ordnungsmass“ für die besetzten Rheinlande begangenen Bruch des Friedensvertrages nach Paris gerichtet.
- * Für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden ist durch Verordnung des Reichspräsidenten die Diktatur eingeführt worden. Als Militärbefehlshaber ist General v. Watter ernannt worden.
- * England, Italien und Frankreich haben bereits ihre Gesandtschaften für Berlin ernannt.
- * Clemenceau beabsichtigt eine Propagandareise für den Friedensvertrag und Völkerbund durch Amerika zu unternehmen.

Die Januartagung.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:
Auf drei bis vier Tage, hies es, werde die Nationalversammlung im Januar zusammenkommen, um das Betriebsrätegesetz, das eigentlich schon bis zur Weihnachtspause verabschiedet werden sollte, in zweiter und dritter Lesung zu erledigen. Inzwischen sind aber bereits einige kleinere Vorlagen hinzugekommen — was man heutzutage eben „kleinere“ Vorlagen nennt, z. B. der Gesetzesentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, an sich ganz eine Sache, aber die nicht in dem jetzt vielfach beliebten Wechselschritt hinweggehen sollte. Aber Herr Ursberger ist auch wieder auf dem Plan erschienen mit der Mitteilung, daß seine beiden neuen Steuerentwürfe, die erst am letzten Sonnabend dem Reichstag zugegangen sind, noch zwischen zweiter und dritter Lesung des Betriebsrätegesetzes in der Nationalversammlung zur ersten Besprechung gestellt werden müßten, weil sonst sein ganzes Steuerwerk nicht rechtzeitig zum 1. April fertiggestellt werden könnte. Vom 19. Januar an sei der Reichstagssaal für den Parteitag des Zentrum zur Verfügung gestellt, also müsse bis dahin alles aus und vorbei sein. Eine etwas sonderbar anmutende Begründung ohne Frage und im Reichstag machte sich einigermassen heftiger Widerspruch geltend gegen diese Art und Weise, ihn zu überhäufeln. Durchsichtungen ebenso wichtiger wie schwerlicher Steuerentwürfe zu zwingen. Aber einige Drohungen des Reichsfinanzministers genügt, um die Vertreter der Einzelstaaten wieder gefügig zu machen.

Indessen brauen sich doch auch außerhalb der Amtskammern allerhand Gewitter zusammen, die den raschen Fortschritt der parlamentarischen Arbeit vielfach aufhalten könnten. Zunächst wird von der radikalen Arbeiterpartei Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um das Betriebsrätegesetz zum Scheitern zu bringen. Unabhängige und Kommunisten haben in den letzten Wochen gar tapfer gegeneinander das Kriegsgebet geschworen, aber in der leidenschaftlichen Bekämpfung dieses Gesetzes sind sie sich völlig einig geblieben. Was sie wollen, sind revolutionäre Betriebsräte. Nur diesen dürfe die Kontrolle der Produktion anvertraut werden, weil weder der Staat noch die Unternehmer sich dazu fähig gezeigt hätten. Unsere Wirtschaft gerate immer mehr in Verfall, die Kapitalisten hätten nur noch daran, sich auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern, und die Arbeiterschaft habe die ganze Last dieser Zustände allein zu tragen. Mit radikaler Entschlossenheit müßte es sich

dem bevorstehenden Verhängnis entziehen, und deshalb dürfe die Bewerigung der jetzigen Miswirtschaft durch das Betriebsrätegesetz unter keinen Umständen gebildet werden. So ungefähr wird argumentiert. Die Mehrheitssozialisten fühlen sich aber sichtlich unwohl in der Rolle als Regierungspartei, und niemand kann wissen, wie weit sie etwaigen parlamentarischen Zwischenfällen gegenüber standhalten werden. An frischem Bündstoff für unvorhergesehene Anlaufeffekte fehlt es nicht. Hat sich doch die Reichsregierung soeben genötigt gesehen, über die von Verkehrsausständen betroffenen industriellen Bezirke des Westens den Ausnahmezustand zu verhängen, einen Militärbefehlshaber zu ernennen und damit wieder das „Sofort-Kolle“ gegen die Arbeiterschaft zur Anwendung zu bringen. Sie hat zwar von vornherein den Verdacht gehabt, daß bei dieser Eisenbahnbewegung politische Drahtzieher ihre Hände im Spiel haben, und ist jetzt in dieser Überzeugung vollends befestigt worden, da der Kaschier aufrechterhalten, ja immer weiter ausgedehnt wird, trotzdem die ursprünglichen Forderungen der Streifen inzwischen beseitigt worden sind. Aber in der Nationalversammlung werden sich schon wieder Anläufe finden, die die Vorgänge nach bekannten Mustern gegen die Regierung auszuheben — wirken doch anscheinend verschiedene Kräfte zusammen, um gerade für die bevorstehende kurze Parlamentstagung einen regelrechten Sturm zu entfachen. Verschiedene kleine Anfragen der Frau Heg sind schon zur Stelle. Es braucht nur noch einer Intervention über die Ernährungsfrage, und das Programm ist fertig.

Jedenfalls: eine neue Kraftprobe für das bestehende Regiment. Hoffentlich nur auf parlamentarischem Boden. Sie auf der Straße auszuheben, dazu fehlt es den Vätern des Unfriedens jetzt doch wohl an allen notwendigen Vorbedingungen.

Das Schlupfprotokoll!

Der Frieden und die nächsten Folgen.

Durch die Unterzeichnung am 10. Januar in Paris ist nun endlich nach 14 monatigem Waffenstillstand der Frieden zustande gekommen. Ein Frieden, der für Deutschland von den schwersten, vorläufig in ihrer ganzen Tragweite noch garnicht überschaubaren Folgen ist. Das Schlupfprotokoll, das den Friedenszustand herbeiführte, lautet:

„Protokoll betreffend die Niederlegung der Ratifikationen über den Friedensvertrag, unterzeichnet am 28. Juni 1919 in Versailles zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan (den alliierten und assoziierten Hauptmächten), Belgien, Dänemark, Brasilien, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Libanon, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, dem Serbo-Kroatisch-Slowenischen Staat, Siam, dem Tschecho-Slowakischen Staat und Uruguay, welche mit den obigen Hauptmächten die Alliierten und assoziierten Mächte bilden, einerseits und Deutschland andererseits, sowie über die folgenden Abkommen: das am gleichen Tage von eben denselben Mächten unterzeichnete Protokoll, das gleichzeitige Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, dem Britischen Reich, Frankreich und Deutschland über die Belegung der deutschen Gebiete.“

In Ausführung der Schlupfklausel des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Friedensvertrages sind die Unterzeichner im Ministerrat der Auswärtigen Angelegen-

heiten in Paris zusammengetreten, um zum Vollzug der Ratifikationen zu schreiten und sie der Regierung der französischen Republik auszustellen. Die Ratifikationsdokumente beziehungsweise die Notifizierung ihrer Zulassung durch die vier alliierten und assoziierten Hauptmächte, nämlich: Großbritannien für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen, Frankreich für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen, Italien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Japan für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden) und durch die andern alliierten und assoziierten Mächte, Belgien für den Friedensvertrag und das Protokoll und das Abkommen, Dänemark für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Brasilien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Guatemala für den Friedensvertrag und das Protokoll, Panama für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Peru für den Friedensvertrag und das Protokoll, Polen für den Friedensvertrag und das Protokoll, Siam für den Friedensvertrag und das Protokoll, die Tschecho-Slowakei für den Friedensvertrag und das Protokoll, Uruguay für den Friedensvertrag und das Protokoll sowie Deutschland für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Abkommen. Sie sind vorgelegt und, nachdem sie nach einer Prüfung für richtig und in Ordnung befunden worden sind, der französischen Republik anvertraut worden, um in ihren Archiven aufbewahrt zu bleiben.“

Das Protokoll schließt mit den Worten: „Gemäß den Bestimmungen der vorerwähnten Schlussklausel wird die französische Regierung den vertragsschließenden Mächten von der Niederlegung der weiteren von denselben Staaten vollzogenen Ratifikationsinstrumente Kenntnis geben, die Unterzeichner des erwähnten Vertrages, Protokolls und Abkommens, aber nicht in der Lage gewesen sind, bis heute diese Formalität auszuführen. Des zum Zeichen haben die Unterzeichner das vorliegende Protokoll ausgestellt und ihm ihre Siegel angelegt. Geschehen zu Paris, den 10. Januar 1920, um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags (folgen die Unterschriften).“

Rückkehr der Gefangenen.

Die unmittelbare und freudigste Folge des Friedens ist die nunmehrige endgültige Rückkehr unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich.

Wie aus Unterzeichnung machte der französische General Cassanin den deutschen Delegierten Mitteilungen über die Einzelheiten des Heimkehrplanes, der zur Ausföhrung gelangt, sobald die deutsche Regierung dem Friedensvertrag gemäß das erforderliche Material geliefert hat. Die Heimkehr erfolgt auf sechs verschiedenen Linien: über Düsseldorf, Emden, Mannheim, Offenburg, Basel und Konstanz. Andererseits sind die Heimkehrungen auf dem Seewege in Aussicht genommen, und zwar von Havre, St. Nazaire, La Rochelle, La Palice und Bordeaux aus.

Die Heimkehrförderung wird auf allen genannten Linien 24 Stunden nach der Ankunft des nötigen Materials beginnen, worüber den deutschen Delegierten Angaben gegeben. Die deutsche Delegation wird ihrerseits alle möglichen Anordnungen für eine möglichst rasche Abfahrt der Jäger treffen. Man nimmt an, daß, sobald der Plan zur Durchführung gelangt, täglich sechs- oder siebenhundert deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückbefördert werden können. Leider ist schon jetzt eine Verzögerung in der Heimkehrung durch die Eisenbahnerstreiks eingetreten, da die Waggons nicht heranzuführen werden konnten.

Der erste Händedruck.

Gleich nach der Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden brachten die sechsundzwanzig Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte Versner und Simson die Hand, zum Zeichen, daß der offizielle diplomatische Verkehr wieder aufgenommen sei. Der amerikanische Botschafter nahm nur an der Unterzeichnung des Protokolls teil. Beim Austausch der Ratifikationsurkunden war er nicht anwesend. Herr v. Simson und ein Teil der Sachverständigen hat sich nach Berlin begeben. Freiherr v. Versner will ebenfalls abreisen, um dem Berliner Kabinett Vortrag zu halten, er wird in acht Tagen in Paris zurückkehren. Man nimmt an, daß die erste Sitzung des Völkerbundes am den 16. Januar stattfinden wird, ebenso die erste Sitzung der Wiedergutmachungskommission.

Das Schicksal Wilhelms II.

Der bekannte Pariser Politiker Berlinat schreibt, Holland werde ersucht werden, Wilhelm II. auszuliefern. Zur gleichen Zeit werde Deutschland aufgefordert werden, die schuldigen Offiziere und Beamten auszuliefern. Das könne den Alliierten nur Gefühlsbefriedigung bringen, es trage aber nichts zu ihrer Sicherheit bei. Es erwecke gefährliche Illusionen und führe die Alliierten schamlos zu einem Konflikt mit Holland, wenn man sich nicht auf eine Aburteilung des Kaisers in contumaciam beschränke, deren Möglichkeit Clemenceau in Gemeinschaft mit dem Kabinett von London in Erwägung gezogen habe, und die nicht als besonders gute Lösung erscheine.

Befestigung Nordschleswigs.

Der französische Kreuzer „Marfallaise“ ist in Kopenhagen eingetroffen. Er wird die Mitglieder der internationalen Kommission mit sich bringen. In Nord befinden sich ferner 600 Mann französischer Besatzungstruppen. Außerdem werden noch 800 Alpenjäger auf der Eisenbahn durch Deutschland nach Nordschleswig beordert werden. Wie die hiesigen Blätter melden, wird die Befestigung Nordschleswigs am 25. Januar erfolgen. Aus Dänemark werden sich 21 000 Nordschleswiger nach Nordschleswig begeben, um an der Abtötung teilzunehmen.

An die verlorenen Brüder!

Die preussische Staatsregierung wendet sich an die aus Preußen ausweichenden Staatsbürger in folgendem Aufruf: Der dem deutschen Volke aufgewungene Frieden von Versailles trifft Preußen ganz besonders schwer. Gebiete mit ferndeutscher Bevölkerung, die in jahrhundertelanger Zugehörigkeit zu Preußen seine Schicksale geteilt und an seinem ruhmvollen Aufstiege Anteil genommen haben, die es durch sorgsame Barmhaltung unter Einsetzung der finanziellen Kräfte des gesamten Staates auf eine hohe Stufe wirtschaftlicher Blüte und menschlicher Kultur geführt hat, muß es preisgeben. Das Band staatlicher Zugehörigkeit wird nun gelöst, das Band der Zusammengehörigkeit der Geister und der Herzen kann keine Macht dieser Erde lösen. Was gemeinsame Arbeit der Kultur und des Wirtschaftslebens in Jahrhunderten geschaffen hat, ist durch keine äußere Gewalt zu zerbrechen. Wir geloben Euch Treue, halten sie uns und wohnen sie in die Herzen Eurer Kinder!

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Das Recht der Selbstbestimmung, das zur Unterlage des Friedens werden sollte, ist Euch versagt worden. Mit der Reichsregierung steht auch die Preussische Regierung ihre Hoffnung darauf, daß dieses natürliche Grundrecht jedes freien Menschen sich mit der Zeit durchsetzen muß. In diesem Sinne gilt auch für Euch das Wort: Immer daran denken, niemals davon reden!“

Konzentrationslager für Ausländer.

Eine Warnung an Polen.

Halbamtlich wird geschrieben: Durch verschiedene Blätter ging kürzlich die Nachricht, die preussische Regierung plane die Errichtung von Konzentrationslagern für Ausländer. An zuständiger Stelle wird uns erklärt, daß diese Frage sich noch im Anfangsstadium der Erwägungen befindet, und daß es nicht zutreffend sei, daß diese Lager schon sehr bald und in großer Zahl errichtet werden.

Das Eulenhäus.

Roman von G. Marlitt.

37) „Ach, gnädiges Fräulein, sagen Sie das nicht!“ rief das Mädchen und eilte vom Fenster weg.

Klaudine wandte sich und schritt weiter; ihr zur Seite Lohar. Die Worte der Großmutter klangen vor ihren Augen und warfen ein beklemmendes Licht auf ihre eigene Lage. Wie, wenn man von ihr bereits wisperte und sprach? Und wenn es geglaubt würde? Wenn es einer bereits glaubte, daß sie ihre Etre schon vergessen habe? Sie wandte ihm plötzlich das Gesicht zu und sah ihn an mit fragenden, angstvollen Blicken.

Er ging ruhig neben ihr. Nein — nein — nein! Konnte sie so wahrhaftig sein?

„Der Platz ist verlassen“, bemerkte er leise, nach vornwärts deutend, „die Herrschaften scheinen im Schloß zu sein.“

In der Tat, unter den Eichen war es einsam; ein Diener, der dort aufwartete, berichtete, die Durchlauchten seien nach Neuhaus gefahren und Ihre Hoheit erwarte Fräulein von Gerold in ihrem Zimmer. Der Wagen von Neuhaus werde zurückkommen.

Sie wandte sich dem Schloß zu; die Abendsonne übergoldete die Wipfel der Bäume und ließ die zahllosen Fenster in dem altertümlichen Sandsteingebäude in Feuerfarben aufleuchten. Ein roter Schimmer lebte die Luft; aus dem Dorfe klang die Abendglocke des Kirchleins.

„Leben Sie wohl“, sagte Lohar stehen bleibend, „ich möchte versuchen, Seine Hoheit aufzufinden, um mich bei ihm zu verabschieden. Sie wissen ja, wie wichtig in diesen Tagen, Göttern ja überhaupt des Wegweisers entbehren.“

Er verbeugte sich tief vor ihr; er erinnerte: ironisch tief, „Stolz neigte sie den Kopf. Sie wußte ja, daß jene schwachen Fäden der verwandtschaftlichen Rücksichten, die sie in der Abgeschiedenheit des Landlebens oberflächlich aneinander gefügt hatten, gewaltam gerissen waren, eben gerissen, als sie sich unbenützte Rückschlüsse verbat. — War sie zu schroff gewesen? — Ihr Fuß zögerte einen Augenblick, bevor sie weiterschritt; dann ging sie doppelt rasch in dem absehbaren Wege dahin, der zur Hauptallee führte.“

Am eine Wegung trat plötzlich der Herzog. Er nahm den Hut ab und schritt, ihn in der Hand behaltend, neben ihr. Er sprach über die Parkanlage und wies auf eine Gruppe prächtiger Blumenbeete, die sich würdevoll von dem lichten Grün der dahinter stehenden Bäume abhob. „Wo haben Sie den Baron gelassen, gnädiges Fräulein?“ fragte er dann.

„Eben verließ mich mein Bedienter“, antwortete sie; „wenn ich nicht irre, wollte er Eure Hoheit auffuchen, um sich zu verabschieden.“

„Ah! Nun er wird mich zu finden wissen. Ich habe über-

stimmten Form geschaffen würden. Das Staatsministerium hat sich mit dieser Angelegenheit noch nicht befaßt, doch wird darauf hingewiesen, daß alle Maßnahmen, die das preussische Ministerium des Innern bisher in der Ausländerfrage getroffen hat, auch der viel diskutierten Frage des Ministers keine durchaus im vollsten Einklang mit der Reichsregierung erfolgt sind. Wenn nun in der polnischen Presse eine große Erregung darüber inszeniert wird, daß im „freien sozialistischen Deutschland und Preußen“ Ausländer in Konzentrationslager gesperrt werden sollen, so muß doch erklärt werden, daß gerade die polnische Regierung und die polnische Presse den geringsten Anlaß haben, sich über diesen Plan aufzuhalten, da wir aus rein menschlichen Gründen die zahlreichen unerwünschten Elemente, die aus dem Osten einwandern, nicht zwangsweise über die polnische Grenze zurückdrücken können, weil sie dort wahrscheinlich totgeschlagen oder zwangsweise wieder an die deutsche Grenze beordert werden. Gerade die unmenhliche Politik Polens zwingt uns dazu, Leute in unserm Lande zu belassen, auch wenn sie uns unerwünscht sind. Diese Heuchelei der polnischen Presse sei hiermit festgestellt.“

Die Regierung gegen den Bahnstreik.

Ausnahmezustand in Westdeutschland.

Die durch den wachsenden Eisenbahnstreik im Westen geschaffene bedrohliche Lage haben die Reichs- und Staatsbehörden zu verschiedenen Maßnahmen veranlaßt. Ein von der Reichs- und der preussischen Staatsregierung gemeinsam erlassener Aufruf wendet sich an die Eisenbahner und sagt u. a.:

Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still; manche Städte sind ohne Lebensmittel, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir in dem unglücklichen Wien schauernd miterleben, ein Massensterben der Säuglinge und Greise, kann auch bei uns ausbrechen, wenn kein Rettungsweg mehr in die Städte kommt. Und warum? Nicht weil die Eisenbahnarbeiter jetzt noch unter dem Joch der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten; die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. In neun Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich 1 Mark erhöht; eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenlohn ist eine Teuerungszulage von 150 % bereits erteilt. Das heißt eine Verdoppelung von mehreren Millionen, eine Veranschlagung der Friedensstarke für Verlorenen und Wäler. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationslinien schüren aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk zermürben durch Dünkel, Ränke und Töde. Darf die endlich erreichte Ruhe unserer kriegsgelagerten Städte, die seit gestern abend ruhevoll werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden, wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen nicht trennen lassen? Rein! Die preussische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Bedrohung nicht bieten! Sieht zur Regierung, die diese gewissenlosen Erschütterer mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegenstreitet wird. Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag sieht den Hungerriemen der gezwungenenmaßen sterbenden Arbeiter enger und beschneidet auch unsern innerpolitischen Abend heraus.

Der Aufruf kündigt sodann die Verhängung des Ausnahmezustandes für den Westen und die

einseitige Aufhebung der Verfassung

an. Auf Grund des § 48 der Verfassung setzt der Reichspräsident die Artikel 114, 115, 117, 118, 123 und 153 der Verfassung für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden außer Kraft.

Es sind Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnung von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten rechtlichen Grenzen zulässig.

Die vollziehende Gewalt geht auf den Reichsweh-

minister über, der sie auf einen Militärbefehlshaber übertragen kann. Der Reichswehrminister hat zum Militärbefehlshaber für die Regierungsbezirke Düsseldorf, Arnberg, Münster und Minden General v. Watter ernannt. Als Regierungskommissar wird der Reichs- und Staatskommissar Geering fungieren. General Watter verfügt mit Zustimmung des Reichskabinetts:

Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet ist, lebenswichtige Betriebe zur Stilllegung zu bringen, wird verboten. Als lebenswichtige Betriebe gelten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle. Zusammenhänge werden nach Maßgabe der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. Januar 1910 bestraft. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Auf dem Bahnhof Sagenow-Bang hielt der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahner eine Versammlung ab, die zu der Frage der Teuerungszulagen Stellung nahm. In einer Entschließung wurde die sofortige Erhöhung der Teuerungszulage um 300 % gefordert.

Ausdehnung des Streiks in Schlefien.

Der oberschlesische Eisenbahnstreik hat an Ausdehnung zugenommen, doch dürfte er von nicht allzulanger Dauer sein, da die Zentralleitung der Gewerkschaften die Unterstützung für den Streik in Oberschlesien abgelehnt hat und die Beamtenorganisation abgelehnt hat, sich am Streik zu beteiligen. Dagegen steht ein Sympathiestreik der Arbeiter und Angestellten der oberschlesischen Kleinbahnen in Aussicht. Die Bahnhöfe, auf denen gestreikt wird, sind zur Verbütung von Unruhen durch Reichswehr und Sicherheitspolizei besetzt worden.

Im niederschlesischen Bergrevier

sind die Bergleute mit Lohnforderungen hervorgetreten, die eine Verdoppelung der jetzigen Löhne bedeuten. Sie verlangen, rückwirkend ab 1. Januar, eine Lohnerhöhung von 100 %, sowie eine Vorschlagsbeihilfe von 1000 Mark und für jedes Kind von 200 Mark besonders. Auch die Erhöhung der Witwen- und Invalidenpension wird gefordert. Die Forderungen sollen bis spätestens 15. oder 20. d. Mts. durchgesetzt sein.

Arbeitsaufnahme im Versicherungsgewerbe.

Der Zentralverband der Angestellten hat sich entschlossen, auf Grund der beiderseitigen Erklärungen den Streik abzulegen. Die sofort auf Grundlage des alten Tarifs einzuleitenden Tarifverhandlungen haben begonnen. In Berlin wurde die Arbeit am Montag aufgenommen, ebenso in anderen deutschen Städten; überall hatten sich die Arbeitswilligen stark vermehrt.

Politische Rundschau.

3 In Geschäftssträgern in Berlin wurden ernannt: Seitens Englands Lord Almonro; seitens Frankreichs Herr de Marcilly, früher Generalkonsul in Genoa; seitens Italiens Graf Aldrovandi di Marese. Die Beglaubigungsschreiben sind bereits in Berlin eingegangen. Die deutschen Vertreter in den drei Ländern sind noch nicht ernannt; doch ist ihre Ernennung in Kürze zu erwarten.

4 Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung wird voraussichtlich im zweiten Drittel des Jahres wieder öffentliche Sitzungen abhalten. Über die Fehde des Staatssekretärs a. D. Dr. Helfferich gegen den Straßburger Untersuchungsausschuß wird vom Ausschuss mitgeteilt: Dr. Helfferich hat am 22. Dezember 1910 bei der Abfertigung des Abgeordneten Berlin-Mitte den Antrag gestellt, sie solle die Zustellung des Strafbeschlusses als unzulässig nicht ausführen bzw. für nichtig erklären. Die Abfertigung 93 hat den Schriftsatz mit dem Randbescheid abgelehnt, die Zustellung sei ausgeführt, sie lehne Maßnahmen der beantragten Richtung ab. Darum hat er Beschwerde im Dienstaufsichtsausschuß erhoben. Der Untersuchungsausschuß hat abgelehnt, im Wege der Dienstaufsicht einzuschreiten und den Antragsteller unter Hinweis auf die §§ 1, 160 und 169 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes an das zuständige Oberlandesgericht verwiesen.

dies ein Attentat auf ihn vor; ich will ihn festhalten heute abend; er soll eine Partie Billard mit mir spielen; meine launische kleine Cousine mag eine Strafe haben.“ Er lächelte dabei und sah Klaudine forschend an. „Sie waren hoffentlich nicht verletzt von diesem Kinderreißer?“ fragte er und trat neben ihr in die große Alee, die zum Schloß führte.

„Nein, Hoheit!“ erwiderte Klaudine, indem sie mit verächtlichen Blicken dem Schloß entgegenlief. Vor der Freitreppe standen zwei Herren im Gespräch; eben wandte sich der eine.

„Bei Gott, Rittmeister“, sagte er leise, „sehen Sie — wie weiltand Ludwig der Biergärtner, wenn er der Cavaliere seine Ehrfurcht bezeigen wollte.“

Der Ausergebete schweig, aber er sah mit einem befremdeten Ausdruck auf das Paar, das scheinbar so einträchtig daherkam.

Oben, am Erkerfenster der Herzogin, aber katterte ein weißes Tuch und das schmale Gesicht der fürchtlichen Frau lächelte hinter den Scheiben.

Die Herren stehen mit tiefer Verbeugung dem Herzog und Fräulein von Gerold vor. Sie sah merkwürdig aus, die schöne Freundin der Herzogin; ein harter Zug lag um den Mund so heillosen Mund. Im Schloß angelangt, stieg sie die Stufen empor, so langsam und müde, als trage sie eine schwere Last auf den Schultern. „Aren ist alles vorhanden“, sagte sie noch einmal und betrat das Vorzimmer zu den Gemächern der Herzogin.

„Klaudine“, rief diese, die am Fenster nach ihrem Liebling ungeduldig ausgeschaut hatte, und schlang die Arme um den Hals des schönen Mädchens, „Sie sind so lange gestiegen! Wie sie forgtigen, wurde ich auf einmal so ungeduldig; ich wäre Ihnen am liebsten nachgegangen, ich kann wirklich nicht mehr ohne Sie sein. Hören Sie, Klaudine?“

Sie zog die Schwiegende neben sich auf das kleine Polstermöbel im Schatten der roten Vorhänge und sah in die traurigen blauen Augen.

„Armes Herz, Sie wurden verletzt vorhin, die Kleine war unartig und wird Ihre Strafe bekommen. Es ist die Geschichte von dem Gänsgen, das neben dem Schwan sich nur durch Geschrei bemerkbar machen kann. Klaudine,“ lachte die Herzogin süßend fort, „ich habe doch wieder recht gesehen, wer Sie sind und wer die anderen!“ Sie drückte die lächle Hand des Mädchens. „Ich habe Sie so herzlich lieb, Klaudine,“ lächelte sie weiter, „ich möchte Sie so gern „du!“ nennen dürfen, wenn wir unter uns sind. Ist das unbeschwerlich?“

„Hoheit! Bitte“, stammelte sie.

„Nicht Du hast, Klaudine. Denkst du, ich werde „du“ zu dir sagen, wenn du mich „Hoheit!“ nennst? „Elisabeth“ will ich heißen und „du!“ Ach bitte, bitte! — Nicht eine einzelne Seele habe ich im Leben gehabt, die so mit mir verkehr-

te. Könnte mir doch dieses keine schöne Bewußtheit, daß du meine Freundin bist und keine Untergeben. Bitte, bitte, Klaudine, sage ja!“

„Gott! Ich hätte die unbedeutende Kränkung von vorhin durch allzu große Gutmütigkeit, sprach das Mädchen erregt; „ich kann, ich darf es nicht annehmen.“

Und sie sprang plötzlich empor und sagte sich an die Schläfen, als müsse sie sich bekennen, was sie tun wollte.

„Ich hätte dich für vernünftiger gehalten, Klaudine,“ sagte die fürchtliche Frau, „als daß du über eine so einfache Sache außer die gerust! Es ist der Indignität alles Vertrauens, aller Liebe — das du!“ Und weil ich zufällig Herzogin bin, soll ich das entbehren? So darfst du nicht denken, und so denkst du auch nicht. Komm her, Klaudine, und gib mir den Schwefelkerz!“

Klaudine kniete vor der lebenswichtigen Frau nieder, sie wollte sprechen: „Laß mich! Laß mich! Es ist besser für dich und für mich, ich gehe fort von dir, so weit mich meine Füße tragen!“ Und sie brachte es doch nicht über die Lippen unter diesen feberglänzenden Augen, die so innig bittend in die ihren blakten. Und dann schloß ein Kuß ihren Mund. Im nächsten Augenblick lächelte sie etwas kaltes an ihrem Arm; ein schmaler goldener Kettchen in Gestalt eines Querschnitts, die Stellen der Nadel mit Saphiren und Brillanten geschmückt, blinzelte ihr entgegen.

„Wird Eure Hoheit — wird dich —“ verbesserte sie sich meinent, „bistest Wohl nie gerufen?“ und ihr ernstes blaßes Gesicht sah fragend zu ihrer fürchtlichen Freundin auf.

„Ich habe ein faules Gefühl, Klaudine, für — Menschenwert; ich weiß, ich habe keiner Unwürdigen mein Herz angeboten.“

16. Kapitel.

Prinzessin Helene war in außerordentlich schlechter Stimmung nach Neuhaus zurückgekehrt. Sie hatte während der Fahrt schweigend in der einen Ecke des Landauers, Prinzessin Helka in der anderen gesessen, ebenso still. Komische Worte, die in dem Wagen gesprochen wurden, wachte nur mit Mühe ein Lächeln zu unterdrücken; so gleich sahen sich in diesen Minuten des Verkehrs das junge und das alte Mäulchen.

Erst oben, in den Gemächern des Neuhauser Schlosses, entsand sich das Gemüth, und zwar über dem Haupt der Frau von Berg, die in dem Zimmer der jungen Prinzessin besessen ward. Die Kleine überhäufte die scheinbar schwer gekrümmte Frau mit den wahrhaftigsten Vorwürfen, gerade als ob sie schuld sei, daß vor vierhundert Jahren ein alter Gerold die Idee bekam, in dieser Gegend ein festes Schloß zu bauen, das nach und nach zu diesem unaussprechlichen Alibi von heute geworden war.

er aber-
Milli-
nsberg.
Mit
ommisar
mit Ba-
re Maß-
riebe zu
wichtige
alle An-
Wasser,
en nach
vom
sokort in
Gewerke
ab, die
om. In
ung der
beziehung
Dauer
Unter-
hat und
Streck zu
Arbeiter
Aussicht
Verhütung
bei befeht
eten, die
Sie
erhöhung
00 Mark
Auch die
wird ge-
15. oder
be.
schlossen,
eil abzu-
s einzun-
in Berlin
beno in
Arbeits-
ernannt:
ankreich
a; seitens
Berglaub-
gen. Die
nicht er-
ten.
Schuß her-
den Dittiel
Über die
gegen den
vom Aus-
nber 1919
Mitte den
schlusse
erklären
abgegebene
eine Maß-
hat er De-
sgericht
cht einzun-
die §§ 1,
s an das
chtsein, daß
Ditte, Hiltz,
von vorhin
regt; ich
ich an die
olle.
Mandine,
so einfache
Betrachtung,
ragin bin,
en, und so
sich mir den
ieder, sie
sicher für dich
meine Flügel
ippen unter
end in die
Aund. Im
hrem Arm;
sichens, Lie-
geschmückt,
erte sie sich
nstes blaßes
n auf.
Wenschen-
n Herz an-
chter Stim-
während der
ers, Brinach
ste Rorsch-
mit Nähe
ch in vielen
das alte
er Schloßes,
st der Frau
sich befohlen
er getränkte
als ob sie
er Bestand die
n bauen, das
ein von heut

Neuordnung des Seezeichenwesens. Die Betonung und Befestigung der deutschen Küsten und Gewässer sowie das ganze sonstige Seezeichenwesen waren bis jetzt Angelegenheit der Küstenbezirksämter der Reichsmarine. Alle fahrenden Kreise waren gewohnt, diese für sie lebenswichtige Angelegenheit in zuverlässiger Obhut zu wissen. Die veränderten Verhältnisse haben dazu geführt, das gesamte Seezeichenwesen der Aufsicht der Küstenbezirksämter zu entziehen und es dem Reichsverkehrsministerium zu übertragen.

Amerika und die Reichsverfassung. Staatsminister a. D. Prof. Preuß, der Schöpfer der neuen Reichsverfassung, sprach kürzlich vor den Mitgliedern des Berliner Handwerkervereins über das Verfassungswerk. In seinem Vortrag waren von Interesse Mitteilungen über die veränderte Beeinflussung der neuen deutschen Reichsverfassung durch das amerikanische Hauptquartier. Als die ersten Einzelheiten über den neuen Verfassungsentwurf in die Öffentlichkeit gedrungen seien, habe das amerikanische Hauptquartier indirekt bei ihm anfragen lassen, warum die deutsche Reichsverfassung in einzelnen wesentlichen Punkten von der amerikanischen abweiche. Preuß habe darauf dem amerikanischen Hauptquartier auf dem Vermittlungswege sagen lassen, daß er auf die amerikanischen Anregungen nicht eingehen könne, weil er die amerikanische Verfassung in den erwähnten Punkten für schlecht halte. Bereits neun Monate später haben die Ereignisse seiner Auffassung recht gegeben. Wilson befindet sich in einem offenen Gegensatz zu den amerikanischen gesetzgebenden Körperschaften, der natürlich eine Folge der ungleichen Wahlzeiten der in Frage kommenden amerikanischen Körperschaften sei. Es sei doch bedenklich, daß das amerikanische Repräsentantenhaus kaum jemals einen bedeutenden Vorkräft erzeugt habe. Stets seien dort drüben die Mitglieder des Senats in den Vorbergrund getreten. Das amerikanische Parteiensystem der Parteien, die nach jeder Wahl die Beamtenstellen neu verteilen, habe er nicht mitmachen wollen.

Gefahrung des Remelgaues. Aus Königsberg wird gemeldet, daß reguläre litauische Truppen an der Grenze aufgestellt werden, die zum Teil unter Führung englischer Offiziere stehen. Die Truppen verhalten sich in der Regel fortreif. Wegen eines etwaigen Handstreiks von litauischer Seite sind entsprechende Maßnahmen getroffen. Nach einer Meldung aus Litau ist Polung von 2500 litauischen Soldaten befehligt. Die Truppen sind mit Artillerie und Maschinengewehren ausgerüstet. Sie brüsten sich offen damit, daß sie an einem litauischen Vormarsch gegen den Remelgau teilnehmen werden.

Gültigkeit der Landesgesetze im Rheinland. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat in einer Mitteilung an den Reichskommissar für die besetzten Gebiete die Anwendung folgender Landesgesetze und Verordnungen für das besetzte Gebiet genehmigt: 1. Verordnung betreffend Zusammensetzung der Kreistage und einige weitere Änderungen der Kreisordnung vom 18. September 1919. 2. Gesetz betreffend die Gleichrichtung des Kultus als der Kirche und aus den jüdischen Synagogen und Gemeinden vom 18. Dezember 1918. 3. Verordnung betreffend Anstellung und Entlohnung von Amtern vom 8. September 1919. 4. Gesetz betreffend Aushebung der Ortschaftinspektionen vom 18. Juli 1919. 5. Gesetz über das Branntweinmonopol vom 26. Juli 1918.

Frankreich.

Krise deutscher Bundesfürsten. Clementeaus Organ „Homme libre“ schreibt zur Veröffentlichung der Briefe des Kaisers Karl aus dem Jahre 1917, daß die französischen Gebietsmarken nicht nur Briefe des Kaisers Karl, sondern auch solche des Königs von Bayern und des Herzogs von Braunschweig, besonders aber des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin enthielten, deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit nicht ausgeschlossen scheint.

Serbien.

Das Verlangen nach Kriegschadlohnung. Wie die Belgischer Blätter melden, verlaute in Regierungskreisen, daß Serbien dieselben Rechte auf Kriegschadlohnung wie Frankreich und Belgien anerkannt worden seien. Serbien solle 5% des gesamten Betruges der von Deutschland, Österreich, Ungarn und der Türkei zu zahlenden Kriegschadlohnung erhalten. Man nimmt an, daß Serbien im Laufe von zwanzig Jahren 18 Milliarden Dinar erhalten werde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat gegen die Unabhängige Nationale Korrespondenz und gegen die Oltropuskische Zeitung Strafantrag wegen der im Zusammenhang mit dem Fall Clara gegen ihn erhobenen beleidigenden Angriffe gestellt.

Amsterdam. „Telegraaf“ meldet aus London, daß General Gouraud, der auf dem Wege nach Damaskus von französischen Freiwilligen gefangen genommen worden war, wieder freigelassen worden ist.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Zweihundert Mann der Besatzung des Kreuzers „Dresden“ und des Hilfskreuzers „Seeadler“, die in Chile interniert waren, sind hier eingetroffen und werden von hier aus die Weiterreise in ihre Heimatorte antreten.

Neueste Meldungen.

Lersner über die Ausführung des Vertrages.
Katastrophale Folgen der Auslieferung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Herr v. Lersner, hat den Vertretern von Savas, Reuters und „Associated Press“ ein Interview gewährt, in welchem er auf die Fragen der Pressevertreter u. a. folgendes ausführte:
Die Inkraftsetzung des Friedens legt Deutschland die schwersten Opfer auf. Trotzdem ist die Wiederherstellung des Friedens erstreblich, denn Deutschland bekommt damit seine heiß ersehnten gefangenen Söhne zurück. Herr Clemenceau hat mir erklären lassen, daß die Befangenenfrage mit keiner andern Frage verknüpft werde, und daß die Heimsendung noch heute befohlen werden wird. Deutschland wird in der Ausführung seiner vertraglich übernommenen Verpflichtungen bis an die Grenze des Möglichen gehen. Das wirtschaftliche Gedeihen Frankreichs ist zum großen Teil von der wirtschaftlichen Erhaltung Deutschlands abhängig.

Ein rätschelloser Durchführen der Auslieferungfrage wird die schwersten Bedenken für die Ruhe und Ordnung Europas im Gefolge haben. Die deutsche Regierung hat bereits auf die katastrophalen Folgen hingewiesen und Anregungen gegeben zur Lösung dieser Frage.

Deutschland wollte sich verpflichten, alle von der Entente namhaft gemachten Verhafteten in Deutschland vor dem obersten Gerichtshof unter Anklage zu stellen und Vertreter der Entente als öffentliche Ankläger mit weitgehenden Kontrollrechten zuzulassen. Der deutsche Vorschlag geht weit

Es ist so dunkel worden. . . .

Es ist so dunkel worden
Nüchtern auf dieser Welt,
Und Sturm und Wetter brausen,
Daß alles wankt und fällt.
Da will dem müden Herzen
Oft aller Mut entfliehen,
Und gern möcht' es von dannen
In lichte Höhen ziehn.
Noch aber heißt es wandern
Und kämpfen ohne Raft
Und laßlos Mutig tragen
Die aufgelagte Last.
Bist dann getrost hinschreiten
Durch Finsternis und Graun,
Wenn mir dabei nur leuchtet
Das Sternlein Göttertraum!
Hilf, Gott, daß mir dies Sternlein
Nüchtern durch's Weggewühl
Hell leuchte, bis ich droben
An meiner Wallfahrt Ziel

G. Holzhey.

über das hinaus, was jenseitig Serbien unter dem Verweis der gesamten Entente Österreich gegenüber ablehnte. Ich kann mir nicht vorstellen, daß unsere früheren Gegner ein Interesse daran haben, die Wiederherstellung normaler Verhältnisse durch diese Frage zu erschweren.

Organisation der Gefangenenheimkehr.

Alles bereit!
Die Reichszentrale für Kriegs- und Blotgefangene teilt mit, daß der Abtransport der deutschen Gefangenen aus Frankreich nunmehr sofort beginnen wird mit möglicher Beschleunigung durchgeführt wird. Die französische Regierung beabsichtigt täglich 6000 bis 7000 Kriegsgefangene herauszugeben. Besprechungen über die Durchführung des Abtransportes haben in Paris unter Hinzuziehung deutscher Transportfachverständiger bereits begonnen. Für die Rückführung der in französischen Hinterlande befindlichen Lager ist auch der Seeweg ins Auge gefaßt. Das Eisenbahnmateriale wird in jedem angeforderten Umfang von deutscher Seite gestellt. Die Wagen stehen bereit, und es ist längst Vorsorge getroffen, daß das Eisenbahnmateriale zu jeder Zeit sofort nach Anforderung seitens der französischen Behörden abrollen kann.

Sitzungen im Fernsprechbereich.

Berlin. Durch Witterungsstörungen sind in Fernsprechleitungen Sitzungen aufgetreten, die den Sprechern nach dem Westen in Willebenhaft gezogen haben. Betroffen sind u. a. Frankfurt a. M., Köln, das Rheinland und Westfalen.

Letzte Drahtberichte
des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Arbeitsaufnahme der Eisenbahner Kölns.

Köln, 13. Januar. (tu.) Die ausländischen Eisenbahner haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Eisenbahndirektion erklären ließ, daß alle Ausständigen, die bis heute die Arbeit nicht wieder aufnehmen würden, aus dem Eisenbahndienst entlassen seien.

Belagerungsstatus über die rheinischen Streikgebiete.

Berlin, 13. Januar. (tu.) Ueber die Streikgebiete im Rheinland ist gestern früh von der britischen Behörde der Belagerungsstatus verhängt worden. Die Straßen sind verboten. Am Sonnabend wurden über 100 Personen von der Leitung der streikenden Arbeiter des Elektrizitätswerkes verhaftet, was die Parole zum allgemeinen Ausstand bildete. Mehrere Gruben stehen unter Wasser und drohen zu versinken.

Minister Auer wieder hergestellt.

München, 13. Januar. (tu.) Minister Auer ist soweit wieder hergestellt, daß er heute die Klinik verläßt.

Ein Eisenbahnerstreik über ganz Schlesien in Sicht.

Berlin, 13. Januar. (tu.) Wie aus Breslau berichtet wird, hat gestern vormittag eine Vertrauensmänner-Versammlung stattgefunden, die den Eisenbahnerstreik für ganz Schlesien beschlossen hat. Der Ausstand soll Mittwoch morgen beginnen. Nur Lebensmittel- und Milchzüge sollen verkehren.

Stilllegung zahlreicher Industriebetriebe im Düsseldorf-Bezirk.

Düsseldorf, 13. Jan. (tu.) Gestern ruhte der Verkehr auf allen Anlagen der streikenden Direktionsbezirke weiter. Die Streikleitung hat sich bereit erklärt, Kohlen nur für Elektrizität und Wasser freizugeben, dagegen nicht für gewerbliche Zwecke, sodas infolge dieses Beschlusses zahlreiche Industriebetriebe in Stillstand kommen. Dadurch wurden allein im Düsseldorf-Bezirk 10000 Arbeiter beschäftigungslos. Alle Theater, Kinos und Konzertlokale mußten geschlossen werden.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 13. Januar 1920.

Verleihung der Landwehrendienstauszeichnung.
Entlassene Heeresangehörige, die sich um Verleihung der Landwehrendienstauszeichnung bewerben wollen, können sich unter Vorlage der Militärpapiere entweder schriftlich oder mündlich an die für sie zuständige Versorgungsstelle wenden. Erfolgt diese Antragstellung nicht bis zum 1. März 1920, unterbleibt grundsätzlich die Verleihung. Auf spätere Eingaben wird Antwort nicht erteilt. Für bis 1. November 1919 aus der Gefangenschaft zurückgekehrte sächsische Heeresangehörige gilt ebenfalls der Termin 1. März 1920, für später zurückgekehrte ist Schluß für Einreichung der Anträge 3 Monate nach Eintreffen des letzten Kriegsgefangenen-transportes in der Heimat.

Steuertursettel. Der vom Reichsschatzamt herausgegebene Steuertursettel, der die für die Auffassung der Vermögensverzeichnisse maßgebenden Steuerkurse und Steuerwerte vom 30. Juni 1919 enthält, kann bei der hiesigen Spar- und Girokasse eingesehen werden.

In der öffentlichen Versammlung der deutschen Volkspartei am Mittwoch abend im „Goldenen Bären“ wird sich der Vortrag über „Kommunismus“ hauptsächlich gegen den Volkswissenschaftler richten.

In dem Vortragsabend der demokratischen Partei am Donnerstag abend im Gasthof zum Löwen spricht Herr Prof. Dr. Zeyß über „die innerpolitische Lage“.

Von Fahrpreiserhöhungen auf den Eisenbahnen, die nach in Umlauf gesehten Gesprächen am 15. Januar in Kraft treten sollen, ist an maßgebender Stelle nichts bekannt.

Fortbildungsschule für die landwirtschaftliche Jugend. In der sächsischen Landwirtschaft macht sich allgemein eine starke Bewegung dagegen bemerkbar, daß der in der Landwirtschaft tätigen männlichen Jugend während 8 Monaten eines Jahres Fortbildungsschul-Unterricht erteilt und dieser Unterricht durchaus in die Zeit vor 7 Uhr abends gelegt werden muß. In der Landwirtschaft ist man vielmehr der Ueberzeugung, daß es am zweckmäßigsten ist, wenn es, wie bisher, bei einem 5monatigen Unterricht November-März verbleibt und wenn es auch nachgelassen werde, den Unterricht abends stattfinden zu lassen. In diesem Sinne hat der Verband sächsischer Landwirte an den Kultusminister eine Eingabe gerichtet, in der betont wurde, daß die Landwirtschaft sich für eine solche Regelung nicht etwa aus Bildungsfeindschaft, sondern wegen der eigenartigen landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnisse ausspricht, die es einfach nicht zulassen, daß die jugendlichen Hilfsarbeiter außerhalb der Monate November bis März zeitweise ihrer Beschäftigung durch Schulbesuch entzogen werden, und die es auch mit der Wirtschaft der Bauern nicht vereinbaren können, daß die Fortbildungsschule zu anderer Zeit als abends nach der Arbeit abgehalten werden solle. — Der sächsische Kultusminister hat nunmehr dem Verband sächsischer Landwirte eine Antwort zugehen lassen, aus der geschlossen werden muß, daß die sächsischen Landwirte nicht auf eine Erfüllung ihrer Wünsche im sächsischen Kultusministerium rechnen dürfen.

Zeitungsnot. Das Erscheinen eingestellt haben infolge der schweren wirtschaftlichen Ueberlastung und Sonderbelastung das „Wehlauer Tageblatt“ und der „Fischerlauer Anzeiger“. Auch andere, z. B. altshistorische und für ihr Gebiet bedeutende Blätter arbeiten schon jetzt mit Unterbilanz. Es ist zu befürchten, daß in Bälde weitere Zeitungen zu Falle kommen. Diese Folgen waren vorauszu sehen. Aber bei uns „raten“ ja bekanntlich nicht die Fachleute, sondern durch kein Wirtschaftswissen beschwerte hohe und niedere Räte. In einigen Monaten werden wir um sprechende Beispiele reicher sein.

Zurückverlegung der Tierärztlichen Hochschule nach Leipzig. Es wird verlautbart, daß die Ueberfiedelung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig bevorstehe. Demgemäß muß festgestellt werden, daß vor 1923 oder 1924 mit einer solchen Ueberfiedelung noch nicht gerechnet werden kann. Obwohl seitens der Regierung alles geschieht, die in Leipzig erforderlichen Neubauten für die Tierärztliche Hochschule so zu fördern, wie das unter den gegenwärtigen Umständen überhaupt möglich ist, sind, trotzdem in Leipzig von den 7 für die neue Tierärztliche Hochschule vorgesehenen Instituten erst 3 im Rohbau fertig, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf dem Baumarkt wird sich die Fertigstellung der übrigen Rohbauten und die Einrichtung aller Institute vor dem oben angegebenen Termin nicht bewerkstelligen lassen. Als 1914 die Verlegung der Tierärztlichen Hochschule von Dresden nach Leipzig vom Landtag beschlossen wurde, war als spätester Ueberfiedelungstermin das Jahr 1918 angenommen worden.

Abgabe von Zucker an die rituell lebenden Juden. Die Reichszuckerstelle hat wegen des Verbrauchs von Zucker durch die rituell lebenden Juden für das jüdische Osterfest 1920 besondere Anordnungen getroffen. Die Bedarfsmeldung hat bis zum 15. Januar bei einem Kleinbändler zu erfolgen, der rituellen Zucker führt. Die Verbraucher sind nicht an Händler ihres Wohnortes gebunden. Die bezogene Zuckermenge wird auf die Zuckerkarten der nächsten Versorgungsstelle in Anrechnung gebracht.

Mohorn. In der vergangenen Nacht stalteten Diebe dem Gehöft des Gutbesizers Richard Stiel einen Besuch ab. Gefohlen wurden ein Schwein und 15 Stk. Federwild. Den Spuren nach zu urteilen, wurde das gefohlene Gut hinter dem Gehöft abgeschlachtet. Die Diebe sind entkommen.

Dresden. Die Stadt Dresden verhandelt mit Blasewitz, Koschwitz und anderen Orten im Osten der Stadt über ihre Eingemeindung, die von Bemohnern dieser Gemeinden jetzt gewünscht wird. Insbesondere ist auch die Einverleibung von Weißer Hirsch verlangt worden. Auch die Westvororte Dresdens, Briesnitz, Kemnitz und Steisch streben die Verschmelzung mit der Stadt Dresden an. Der Rat zu Dresden will abwarten, welche Stellung die Staatsregierung zu den Eingemeindungen annimmt.

Dresden. In einer sehr härmlich verlaufenen Versammlung der Dresdner Mietbewohner, in der der Vorsitzende des Bundes Deutscher Mietervereine Herrmann und der demokratische Volkskammerabgeordnete Fernbt gegen die Erhöhung der Wohnungsmieten, für die Sozialisierung des Grundbesitzes und für das Mitbestimmungsrecht der Mieter in allen Wohnungs- und Mietverhältnissen sprachen, wurde eine Entschließung angenommen, die öffentlich rechtliche Körperschaften fordert, denen die dauernde Veranschlagung und Regelung des Wohnungswesens im sozialen Interesse übertragen werden soll. Ferner fordert die Entschließung die Festsetzung von Höchstmieten, die Regelung der Baukosten und die Beschlagnahme der Baustoffe.

Graupa. Zu bedauerlichen Ausschreitungen gegen einen Forstbesitzer kam es am Sonntagmittag im Graupaer Forst. Der Waldwächter Günther traf mittags in der 12. Stunde in einem Kahlhölzchen in der Nähe des Forsthauses etwa 15 bis 20 Leute beim Hockroden an. Er begab sich zu zwei Männern, die auch Bäume abgefaßt hatten, machte sie auf das Strafbares ihres Handelns aufmerksam und forderte sie auf, ihre Namen zu nennen. Als er sein Notizbuch hervorholte, um die Namen zu notieren, reizten die übrigen in der Nähe befindlichen Leute die beiden ersten mit dem Rufe: „Licht aus! Messer raus! Schlag ihn tot!“ zu Gewaltthatigkeiten gegen den Beamten auf. Letzterer wurde nun von den Leuten angegriffen und

man versuchte, ihm das Gewehr zu entreißen. In der Vorausicht, daß ihm nichts Gutes bevorstand, drehte der Waldwarter das Gewehr um und entließ es, indem er die beiden noch im Laufe befindlichen Schüsse in den Erdboden abgab. Nun wurde ihm das Gewehr entzogen, zerbrochen und er selbst mit dicken Knütteln und Steinwürfen mißhandelt. Sein Notizbuch mit etwa 100 Mk. war ihm entzogen worden. Angesichts der Uebermacht mußte der Angegriffene flüchten. Sein Notizbuch, allerdings ohne Geld, warf man ihm nach. Der Haupttädel-

führer ist ein Arbeiter William aus Niederpoyritz; er wurde ermittelt und von der Gendarmerie der Staatsanwaltschaft in Dresden zugeführt. Auch die Namen der übrigen Leute sind festgestellt, sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.
— **Kodewitz.** Im Anschluß an eine Versammlung zogen die Arbeitslosen vor das Rathaus, wo gerade Gemeinderatsitzung stattfand. Eine Deputation überbrachte die Forderungen der Arbeitslosen, deren wichtigsten sind: Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 300%, Erhöhung der

Unterstützungssätze, wöchentliche Auszahlung der Unterstützung. Die Forderungen konnten teilweise gleich bewilligt werden.
— **Leipzig.** Hier ist ein Personenlastwagen im Werte von 70000 Mark gekohlen worden. Für Wiedererlangung des Wagens sind 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten

Verleger, Drucker und Drucker: Arthur Schumke in Wilsdruff
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer L. R. Bärner, für die Inseratenteil: Arthur Schumke, beide in Wilsdruff.

Verein für Natur- u. Heimatkunde. Jahreshauptversammlung

Donnerstag den 15. d. M. abends 1/2 8 Uhr im Löwen.
1. Die Tage von 1849 in Wilsdruffs Mauern. 2. Jahres- und Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Wahlen.
Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Stenogr.-Verein Gabelsberger Wilsdruff.

Mittwoch den 14. Januar 8 Uhr abends
Hauptversammlung im Amtshof.
Erscheinen aller Mitglieder erforderlich.
Anmeldung neuer Mitglieder bei Unterzeichnetem und Herrn Kaufmann Richter.
Lehrer M. Schneider, Vorf.

Deutsche demokr. Partei Ortsgruppe Wilsdruff und Umgegend.

**Öffentliche
Versammlung**
Donnerstag den 15. Januar
abends 8 Uhr im „Löwen“.

Prof. Dr. Zepfke-Dresden: Die innerpolitische Lage.
Freie Aussprache.

Außer den Bürgern und Bürgerinnen Wilsdruffs sind vor allem die Einwohner der umliegenden Ortschaften herzlich eingeladen. Nach Schluß der Versammlung gefälliges Beisammensein von Mitgliedern und Freunden der Partei.

Kasino Kesselsdorf. Stiftungsball.

Sonnabend den 17. Januar
Musik einer erstklassigen Kapelle.
Anfang 5 Uhr.

Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand.**
Mitglieder und Gäste werden höflich gebeten, ein Geschenk mitzubringen.

Lindenschlößchen - Lichtspiele.

Mittwoch den 14. Januar abends 8 Uhr
Hanni Weiße

in
Sei getreu b. in den Tod

⌘ Packendes Drama in 4 Akten. **1911**
Nachmittags 3 Uhr: Kindervorstellung.

Kesselsdorf. Lebensmittelverteilung.

Mittwoch den 14. Januar Verteilung von **Kokosfett** Auslandsfestkarte Reihe 2, Abschnitt 3.
Kesselsdorf, am 13. Januar 1920.
Der Gemeindevorstand.

Kurt Siering, Potschappel
Roessschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Ueberaus zahlreiche Beweise ehrender, liebevoller und herzlicher Anteilnahme sind uns bei dem Feingange unseres über alles geliebten Vaters und Vaters, Schwieger- und Großvaters, Bruders u. Schwagers, **des Brauereibesizers**
Ernst Louis Roch
von nah und fern in Wort und Schrift, durch zahllose herrliche Blumenpenden und ehrendes Geseit auf seinem letzten Wege zuteil geworden.
Nicht imstande, allen, die sich in einer unserm Herzen so wohlthuenden Weise daran beteiligt haben, persönlich zu danken, sagen wir tiefbewegt auf diesem Wege unsern
herzlichsten u. innigsten Dank.
Insbesondere danken wir dem Militärverein zu Herzogswalde für die Begleitung und das freiwillige Tragen zur letzten Ruhestätte, dem Landwirtschaftlichen Verein zu Mohorn, Herrn Pastor Reil für die trostreichen Worte im Hause und am Grabe und Herrn Kantor Kirsten mit seinem Kinderchor für die erhebenden Gesänge.
Herzogswalde, Pennrich und Dresden,
am Begräbnistage.
Die trauernde Gattin und Kinder.

Öffentliche Versammlung

Mittwoch den 14. Januar abends 7 Uhr
im Gasthof „Goldener Löwe“, Wilsdruff.
Redner: Herr R. Bergel
über
Kommunismus im Lichte der Geschichte.
Zu zahlreichem Besuche aus Stadt und Land ladet ein
Deutsche Volkspartei.
Ortsgruppe Wilsdruff. Schlichenmaier, Vorf.

**Wanzen
Ratten Mäuse
Russen Schwaben
vernichtet mit Garantie
Furol**
Efic und fertig zum Auslegen für Haus und Tier unschädlich
Alleinverkauf: **1906**
Löwenapotheke Wilsdruff
Ein kleiner
Rachelofen
mit eisernem Unterbau billig zu verkaufen bei **1904**
Richter, Sora 16 B.
Freitag früh zwischen **Sachsdorf und Wilsdruff** gefütterte **Pferdebedeckungen** verloren.
Wegen Belohnung abzugeben in **Schmanns Mühle, Klipphausen.** **1912**

Bekanntmachung!

Nur einen Tag kaufe alte, künstliche, auch zerbrochene
Gebisse.
Zahle für 1 Zahn bis 40 Mk. Kein Zahn unter 4 Mk., wenn echt.
Für Platin, Brennstifte, Ziegel zahle die höchsten Tagespreise.
Bleibe nur diesen **Mittwoch** den **14. Januar 1920** im Gasthaus „Goldener Löwe“ und kaufe in der Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr nachmittags.

Kohlen- Schlamm

wieder eingetroffen.
**Louis Kühne,
Hofmühle,
Fernsprecher 42.** **1908**

Suche eine kleine helle
**Werkstatt
oder Hintergebäude**
in Wilsdruff zu mieten oder kaufen.
Angebote unter **1890** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.
Handwerker sucht einfache
Schlafstelle.
Angebote unter **1000** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Größt Markenammlung
sowie Sachen-Marken u. m.
gesucht. **Tönjes,** **1905**
Befehlsh. Hof Gyporni-Dibb.
Landwirte!
Lacht beim Dreschen des Getreides **Mutterkorn** herauslesen. Ich kaufe zu allerhöchsten Tagespreisen auch die kleinste Menge. Postkarte genügt (1905) **Georg Frenkel, Waldheim, Sa.**

**Deutscher
Schäferhund**
zugelassen. Falls bis zum 16. nicht abgeholt, wird derselbe verkauft. **1902**
Reffelendorf Nr. 4 b.

**Schottischer
Schäferhund**
zugelassen. Abzuholen **1901**
Blankenstein 42.

Suche sofort
eine perfekte **Schneiderin** auf längere Zeit. Haus bei freier Kost voll. auch Schlafen.
Frau Borowjak, **1905**
Mühle Kaufbach.

Düchl. Hausmädchen
in größeren Haushalten nach Dresden gesucht. **1909**
Nährers Markt 13 II.

Suche für meinen Sohn, welcher öfter die Schule verläßt, eine
**Lehrstelle
als Tischler.**
**P. Günther, Restauration,
Ober-Grumbach.** **1902**

**Stellengesuche
und Angebote**
werden von uns nach wie vor angenommen.
Die Geschäftsstelle d. Bl.
00000 0 00000

Pa. Steinkohlenschlamm
für Industrie und Hausbrand
liefern frei dort **1903**
Gebrüder Winkler,
Unternehmer für Abbau von Kohlenschlamm,
Zanderode, Amtsh. Dresden.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Emil Mensch
Roessschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft
Potschappel, Turnerstrasse 10 **1702**
Fernsprecher Amt Deuben 726
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.